

## Medienmitteilung

Thema	Schlussbericht Gemeinderat zu Legislaturrichtlinien 2009 - 2012
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern, 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3000 Bern 1 <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	29.08.2012

### Die Grünliberalen sehen die Legislatur 2009 – 2012 differenzierter als der Gemeinderat

Die Grünliberalen (glp) der Stadt Bern teilen die Ansicht des Gemeinderates, dass Bern eine Stadt mit hoher Lebensqualität ist und das moderate Wachstum der Stadtbevölkerung ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung darstellt. Die Grünliberalen sind hingegen mit der positiven Einschätzung der Stadtregierung im Bereich Finanzen und Wohnbau nicht einverstanden. Der Abbau des Bilanzfehlbetrages kam nur dank ausserordentlichen Ausschüttungen von ewb und durch Vernachlässigung der Sanierungsarbeiten von stadteigenen Liegenschaften zustande. Zudem stellen die Finanzierungslücke der PVK und in geringerem Ausmass die Rückzahlung von zu viel erhobenen Abfallgebühren weitere Risiken dar. Im Bereich des Wohnbaus vermissen die Grünliberalen den Mut zu verdichtetem und höherem Bauen.

Die Grünliberalen würdigen in einer ersten Analyse des Schlussberichtes die Bestrebungen des Gemeinderates, Bern als Stadt mit hoher Lebensqualität zu erhalten bzw. weiter zu entwickeln. Das Ansteigen der Wohnbevölkerung zeigt, dass Bern auch als Wohnort attraktiv ist und neue Einwohnerinnen und Einwohner anzuziehen vermag. Auch positiv sind die Anzeichen, Bern neben den Metropolitanregionen als Hauptstadtregion positionieren zu können.

Als „erfüllt“ abgehakt hat der Gemeinderat den Abbau des Bilanzfehlbetrages per 2012 und weist auf den ausgeglichenen Haushalt hin. Hierzu relativieren die Grünliberalen, dass die Stadt Bern nach wie vor Schulden in Milliardenhöhe hat und jährlich noch ca. 65 Millionen Franken Schuldzinsen bezahlt. Die Auflagen des Kantons zum Abbau der Altschulden konnte die Stadt zwar erfüllen. Dies aber nur darum, weil ewb während dreier Jahre neben den ordentlichen Gewinnausschüttungen an die Stadt ausserordentliche Ausschüttungen im Betrag von total 75 Millionen Franken an den Gemeindehaushalt leistete; diese Mittel fehlen ewb möglicherweise für die nötigen Investitionen in die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen.

Ein weiterer Grund für den raschen Altschuldenabbau war offensichtlich das Aufschieben von Sanierungen der stadteigenen Liegenschaften. So fehlen u.a. für die Sanierung des Stadttheaters, des Verwaltungsgebäudes an der Schwanengasse 14, der Ka-We-De und des Hallenbades „Muubeeri“ – wie kürzlich von der Stadt kommuniziert – offenbar knappe 300 Millionen Franken. Ganz gravierend ist der zur hohen Kulturvielfalt

aufgelistete Indikator „*Die Sanierung des Stadttheaters ist geplant und die Finanzierung ist gesichert*“.

Unseres Wissens ist die Finanzierung in keiner Weise gesichert, die Agglomerationsgemeinden und der Kanton konnten noch nicht zu einer substanzielleren Beteiligung an den Sanierungskosten bewogen werden. Das aus diesem Grund von der grünliberalen Fraktion im Stadtrat eingebrachte NEIN zur Erneuerung des Subventionsvertrages 2012 – 2015 mit dem Stadttheater wurde damals mit Kopfschütteln quittiert. Weitere Möglichkeiten, den Druck auf die Agglomerationsgemeinden zu erhöhen – wie beispielsweise das glp-Postulat (Michael Köpfli, 26.8.2010) zur Prüfung von abgestuften Eintrittspreisen für Stadtberner zu den Kulturinstitutionen – wurden als nicht realistisch abgetan.

Schliesslich sehen die Grünliberalen auch wegen der anstehenden Ausfinanzierung der Pensionskasse der Stadt Bern (PVK) die mittelfristige Finanzlage der Gemeinde alles andere als rosig: Die Sanierung der Kasse wird die Stadt einen Betrag von 200 bis 500 Millionen Franken kosten.

Aber bereits für das laufende Jahr 2012 droht weiteres Ungemach: Auf Grund des kürzlich gefällten Urteils des Bundesgerichtes zu den Litteringgebühren plant die Regierung, dem Stadtrat einen Nachkredit von 21 Millionen Franken zum Budget 2012 vorzulegen. Damit wird die dünne Eigenkapitaldecke schon wieder massiv reduziert.

Im Bereich Raumplanung und Städtebau vermissen die Grünliberalen den Mut zu verdichtetem und höherem Bauen: An der Mutachstrasse und im Stöckacker-Süd hätte durch verdichtete Bauweise der Druck auf noch bestehende Grünflächen in der Stadt Bern gemildert werden können. Die Rahmenbedingungen für höheres Bauen sind im regionalen Hochhauskonzept vorhanden: Der Perimeter Warmbächliweg, wo die Stadt Bern nach Abbruch der KVA-Anlage Baufelder im Baurecht vergeben wird, wäre für ein Hochhäuser-Projekt geradezu prädestiniert gewesen, da sich im Norden im Bereich des Schattenwurfes nur der Güterbahnhof befindet.